

# RS OGH 1988/4/27 3Ob521/88, 6Ob191/05i, 7Ob287/05i

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 27.04.1988

## Norm

ABGB §287

ABGB §288

## Rechtssatz

Bei der Entscheidung über die für den Sondergebrauch am öffentlichen Straßengrund erforderliche Genehmigung hat die Gemeinde als Eigentümerin die Interessen aller Bürger zu beachten und bei einem Widerstreit dieser Interessen eine ausgewogene Entscheidung zu treffen (hier: Beschränkung des Sondergebrauches auf einen Verkaufsständler für jeden Geschäftsinhaber).

## Entscheidungstexte

- 3 Ob 521/88

Entscheidungstext OGH 27.04.1988 3 Ob 521/88

- 6 Ob 191/05i

Entscheidungstext OGH 06.10.2005 6 Ob 191/05i

Auch; Beisatz: Wenn die Interessen aller Bürger an der Stadtbild- und Denkmalpflege zur Verweigerung der Sondernutzung herangezogen werden können, liegt es auf der Hand, dass diese Gründe auch einen Widerrufsgrund darstellen können und dass die im § 5 Abs 3 des Tiroler Straßengesetzes angeführten Umstände nur für den Straßenverwalter, nicht aber für den Grundeigentümer maßgebliche und taxativ aufgezählte Widerrufsgründe sind. (T1)

- 7 Ob 287/05i

Entscheidungstext OGH 14.12.2005 7 Ob 287/05i

Auch; Beis wie T1

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1988:RS0009814

## Dokumentnummer

JJR\_19880427\_OGH0002\_0030OB00521\_8800000\_001

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)